

ÜBERGANG ZWISCHEN SCHULE UND BERUFS-AUSBILDUNG | Reforminitiativen zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen

Gerhard Buck

Zusammenfassung | Der Artikel gibt einen Überblick über die aktuelle Diskussion der exemplarischen Konfliktpunkte und Reformanforderungen des Berufsbildungssystems in Deutschland. Besondere Berücksichtigung erfahren hierbei die sogenannten Übergangshilfen für sozial benachteiligte Jugendliche an der ersten Schwelle zwischen Schule und Berufsausbildung einschließlich der sozialpädagogischen Unterstützungsangebote der Jugendberufshilfe.

Abstract | This article endeavors to convey a brief survey on current debates concerning main conflict lines and reformative challenges of the German vocational training system focusing on so called transition assistance for socially disadvantaged young people at the first threshold between school education and vocational training including socio-educational support within the scope of vocational assistance measures for teens and juvenile adults.

Schlüsselwörter ► Jugendberufshilfe ► berufliche Bildung ► Schulbildung ► benachteiligter Jugendlicher ► Reform ► Ländervergleich

Aktualität der beruflichen Eingliederungshilfen | Obwohl einerseits der Fachkräftebedarf demographisch, konjunkturell und wirtschaftsstrukturell bedingt weiterhin zunimmt, ist die Zahl der erfolglosen Lehrstellenbewerberinnen und -bewerber seit 2011 deutlich angestiegen, parallel hierzu aber auch der Anteil unbesetzter Lehrstellen. Andererseits ist das jährliche Angebot neu zu besetzender Lehrstellen aktuell auf den niedrigsten Wert seit 1990/91 gesunken. Inzwischen bildet nur noch etwa jeder fünfte Betrieb aus. 2011 lag der Anteil der formal nicht Qualifizierten¹ unter den 20- bis 34-Jährigen bei 14,1 Prozent – das waren insgesamt 2 082 Millionen junge Menschen (Vergleichswert für 1996: 14,7

Prozent beziehungsweise 2,59 Millionen). Bei den jungen Menschen mit Migrationshintergrund lagen die entsprechenden Quoten der Ungelernten je nach Migrationsstatus (Ausländer, Zugewanderte sowie Angehörige der zweiten und dritten Generation) zwei- bis dreimal höher (*Bundesinstitut für Berufsbildung* 2014, S. 9 ff. und S. 97 ff., *Statistisches Bundesamt* 2015, Tab. 5, S. 8, *Autorengruppe Bildungsberichterstattung* 2014, S. 101; zu den tendenziell zunehmenden Versorgungs-, Besetzungs- und Passungsproblemen bei der Besetzung von Lehrstellen siehe *Matthes* u.a. 2014).

Es wird geschätzt, dass durchschnittlich acht bis zehn Prozent eines Geburtsjahrgangs in absoluter Bildungsarmut (fehlende Schulabschlüsse, funktionaler Analphabetismus) oder in relativer Bildungsarmut (niedrige Bildungsabschlüsse in Verbindung mit geringen Schlüsselkompetenzen und eingeschränkter Leistungsfähigkeit) leben und dass die sogenannten Bildungsverlierer mit zu geringen, über die allgemeine und berufliche Bildung und im Arbeitsleben zu erlangenden Basiskompetenzen etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung bilden. Die Probleme der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit unzureichender schulischer Vorbildung und mit prekären Arbeits- und Berufsperspektiven sind also trotz der günstigen deutschen Arbeitsmarktlage im Frühjahr 2015 nach wie vor hochaktuell (*Beicht; Granato* 2011, *Becker* 2012, S. 140 f., *Autorengruppe Bildungsberichterstattung* 2012, S. 70 und 73., *Autorengruppe Bildungsberichterstattung* 2014, S. 6 f. und S. 97 ff., *Bundesinstitut für Berufsbildung* 2014, S. 289).

Heterogenität des Übergangssystems | Bei erfolgloser Lehrstellensuche sind die Bewerberinnen und Bewerber auf die Qualifizierungsangebote im beruflichen Übergangssystem angewiesen. Zum Übergangssystem wird eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote und Maßnahmen zur Vorbereitung auf

1 Diese sogenannte Ungelerntenquote bezieht sich auf Erwerbsfähige ohne erfolgreiche, zertifizierte Teilnahme an standardisierten, staatlich geregelten oder anerkannten Bildungsgängen, wobei Anlernausbildungen und Praktika nicht als „formale Qualifikation“ berücksichtigt wurden; bei der genannten Gesamtzahl von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Mikrozensusdaten) sind Personen in beruflicher Ausbildung, Freiwilligen- und Wehrdienstleistende, Schüler und Studierende explizit herausgerechnet worden (*Bundesinstitut für Berufsbildung* 2014, S. 285 f.).

und Integration in eine nachfolgende Berufsausbildung gerechnet. Nach der „integrierten Ausbildungsberichterstattung“ des Bundesinstituts für Berufsbildung zählen dazu:

- ▲ das in vielen Schultypen angebotene Berufsvorbereitungsjahr sowie das auf eine nachfolgende Berufsausbildung anrechenbare Berufsgrundbildungsjahr, ferner verschiedene Bildungsgänge an Berufsfachschulen zur Erfüllung der Schulpflicht beziehungsweise zum Nachholen von Abschlüssen der Sekundarstufe I;
- ▲ Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss auf dem Niveau der Sekundarstufe I oder eine auf eine spätere Berufsausbildung anrechnungsfähige berufliche Grundbildung oder sonstige auf eine spätere Berufsausbildung nicht anrechnungsfähige allgemein- und berufsbildende Qualifikationen vermitteln;
- ▲ Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige und erwerbslose Schüler und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse auf dem Niveau der Sekundarstufe I nachholen wollen, sowie Bildungsgänge für dieselbe Gruppe zur Vermittlung von sonstigen allgemein- und berufsbildenden Qualifikationen (die bei einer späteren Berufsausbildung allerdings nicht angerechnet werden können);
- ▲ Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen;
- ▲ Berufsvorbereitungsmaßnahmen (BvB) einschließlich sozialpädagogischer Begleitung durch die Bundesagentur für Arbeit;
- ▲ eine sogenannte Einstiegsqualifizierung (EQ) als berufsvorbereitende Maßnahme in Betrieben (*Bundesinstitut für Berufsbildung 2011*).

Dazu kommen noch weitere, durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen geförderten berufsbezogenen Bildungsmaßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch II und III im Vorfeld der Berufsausbildung, gegebenenfalls mit ergänzender sozialpädagogischer Begleitung nach § 13 SGB VIII. Die Angebote des Übergangssystems sollen die Jugendlichen bei der Klärung ihrer Berufsziele und Erwartungen an ihr zukünftiges Berufsleben unterstützen, basale Arbeitserfahrungen in ausgewählten Berufsfeldern vermitteln, den Erwerb von fehlenden Schulabschlüssen ermöglichen, die für die Feststellung ihrer sogenannten Ausbildungsreife verlangten Schlüsselqualifikationen verbessern sowie regional und branchenbezogen gegebenenfalls bestehende Ausbildungsplatzengpässe vorüber-

gehend durch berufliche Qualifikationsmaßnahmen solange überbrücken, bis ein Eintritt in reguläre Berufsausbildungen erreicht wird. Die Kontroversen zur Messbarkeit von „Ausbildungsreife“ und zur Validität des Ausbildungsreifekonzepts können hier nicht rekapituliert werden (*Ratschinski; Steuber 2012*).

Kritische Positionen zum Übergangssystem bemängeln unter anderem das Fehlen einer abgestimmten Förderstruktur, die eigentlich mit dem Begriff „System“ unterstellt wird. Die Unübersichtlichkeit, Heterogenität und Fragmentierung des Übergangssystems erschwere eine planvolle und fachlich fundierte Vermittlung von „Ausbildungsreife“ und von beruflichen Basiskompetenzen. Die Vielzahl der parallel angebotenen Einzelmaßnahmen und Bildungsgänge mit gleichem Förderziel mindere deren Ressourceneffizienz. Die Maßnahmen würden oft nur „Warteschleifen“ bilden, zumal die hierbei vermittelten Kompetenzen zumeist nicht als Qualifikationsbausteine konzipiert sind, die bei anschließenden Berufsausbildungen gegebenenfalls angerechnet werden könnten. Die wechselnden Förderkonditionen der zeitlich befristeten Sonder- und Modellprogramme (Europäischer Sozialfonds, europäische Aktionsprogramme, Bundes- und Länderprogramme etc.) und die extreme Kostenökonomisierung bei den Regelinstrumenten (überwiegend im Bereich des SGB III) zur Förderung von basalen, berufsbezogenen Qualifikationen würden eine planvoll abgestimmte und qualitativ anspruchsvolle Angebotsstruktur verhindern. Die Effizienz und Effektivität eines Bildungssystems hinge aber wesentlich davon ab, ob und wie dieses zur Eröffnung von erweiterten Bildungszugängen und -chancen für sogenannte Bildungsverlierer, also zum Abbau der Bildungsarmut und der damit verbunden sozialen Ungleichheit beiträgt (*Autorengruppe BIBB; Bertelsmann Stiftung 2011, Heisler 2011*).

In der zweiten Übergangsstudie des Bundesinstituts für Berufsbildung von 2011 wurden diese Kritikpunkte mit den realen Wirkungen der im Untersuchungszeitraum realisierten Übergangsmaßnahmen konfrontiert, wobei die Bildungsverläufe der teilnehmenden jungen Menschen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1992 mit höchstens mittlerem Schulabschluss analysiert wurden. Dabei wurden einige wichtige bildungspolitische Wirkungen des Übergangssystems deutlich: 30 Prozent der Teilnehmenden erzielten im Verlauf der jeweiligen Maßnahme einen Schulab-

schluss, über den sie beim Verlassen der allgemeinbildenden Schulen noch nicht verfügten. Zudem kann eine steigende Berufsausbildungsquote festgestellt werden: 42 Prozent hatten nach sechs Monaten, 54 Prozent nach gut einem Jahr und immerhin 70 Prozent nach gut drei Jahren eine vollqualifizierende Berufsausbildung begonnen (*Bundesinstitut für Berufsbildung* 2013). Als weiteres, allerdings umstrittenes Erfolgskriterium wird gelegentlich angeführt, dass die Maßnahmen des Übergangssystems zur Reduktion der Jugendarbeitslosenquote beitragen, indem die jeweiligen Maßnahmeteilnehmenden nicht als Arbeitslose registriert werden (*Fuchs; Weber* 2010, S. 11 f.).

Zwischenbilanz und weitere Reformforderungen | In den letzten 15 Jahren sind viele Reformanstrengungen unternommen worden, um die skizzierten Strukturprobleme des (dualen) Berufsbildungssystems und des beruflichen Übergangssystems schrittweise zu bewältigen, wobei auch der „Instrumentenkasten“ des SGB III zur Förderung der beruflichen Qualifizierung in verschiedenen Gesetzesnovellen verstärkt und erweitert wurde.² Beispiele dafür sind:

▲ Ausbau der Berufsorientierung, der Potenzialanalysen und der Praktika zur Berufsfelderkundung an allgemeinbildenden Schulen, Weckung von Ausbildungsinteresse und Anregung von niedrigschwelligen Berufsfelderkundungen; verstärkte Unterstützung bei der Ausbildungsstellensuche, Intensivierung der Beratung und Begleitung in der Einstiegsphase der dualen Berufsausbildung, jeweils auch unter Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs junger Menschen mit Migrationshintergrund. Beispiele hierfür sind die verstärkte Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung im Rahmen der BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ oder das BMFSFJ-Programm „Jugend stärken – 1000 Chancen“.

▲ Verbesserte Koordination und Kooperation bei der Bedarfsermittlung, Planung, Initiierung, Betreuung durch Mentorinnen und Mentoren und Qualitäts-

² Zu dem hier vordringlich relevanten Kernbestand dieses „Instrumentenkastens“ im SGB III können insbesondere die Berufsberatung (§ 30 f.), Berufsorientierung (§§ 33 und 48), Berufseinstiegsbegleitung (§ 49), Berufsvorbereitung (§§ 51 f.), Aktivierungshilfen für Jüngere (§ 45 (1) Satz 1 Nr. 1), Einstiegsqualifizierung in Betrieben (§ 54a), die außerbetriebliche Berufsausbildung (§ 76) sowie die ausbildungsbegleitenden Hilfen (§ 75) gerechnet werden.

sicherung der Förderangebote des Übergangssystems sowie Vernetzung aller relevanten Akteure auf der kommunalen Ebene, insbesondere von Firmen, Bildungsträgern, Schulen, Jugendhilfeträgern, Arbeitsämtern, Jobcentern etc. Beispiele sind die Initiative „Übergänge mit System“ der Bertelsmann Stiftung und verschiedener Landesministerien, die „Weinheimer Initiative“ von Bildungsfachleuten, Städten und Landkreisen oder das kommunale Bildungsmonitoring im Rahmen des BMBF-Programms „Bildung integriert“.

▲ Verstärkte betriebliche Ausrichtung der bisher als Notlösung gedachten außerbetrieblichen Ausbildung („Normalität statt Sondermaßnahmen“) durch Intensivierung und Differenzierung der Kooperation zwischen Bildungsträgern und Betrieben, zum Beispiel durch die Einführung der „Assistierten Berufsausbildung“ (neu gefasster § 130 SGB III) und Öffnung der ausbildungsbegleitenden Hilfen (§ 75 SGB III) für alle Interessenten durch das am 26.2.2015 vom Bundestag beschlossene Fünfte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (5. SGB IV – ÄndG).

▲ Integration und flexiblere Gestaltung von alternierenden außerbetrieblichen und betrieblichen Ausbildungsstufen beziehungsweise -phasen auf Basis modularisierter Ausbildungsinhalte, die zu anerkannten „Ausbildungsbausteinen“ zusammengefasst werden und zur Zwischen- und Abschlussprüfung im Externenverfahren bei den zuständigen Stellen beziehungsweise Kammern berechtigen. Beispiele sind das Pilotprojekt „Der 3. Weg in die Berufsausbildung“ des Landes Nordrhein-Westfalen und das BMBF-Programm „Jobstarter Connect“.

▲ Vermeidung von individuellen Warteschleifen bei den als ausbildungsreif eingestuften Jugendlichen, die vor Ort keine betrieblichen Ausbildungsstellen entsprechend ihren jeweiligen Berufswünschen finden können, durch zusätzliche Ausbildungskapazitäten im schulischen Bereich in Kombination mit Betriebspraktika, bei Bedarf auch mit ergänzender praktischer Ausbildung in außerbetrieblichen Übungswerkstätten bei Bildungsträgern. Beispiel ist das Hamburger Ausbildungsmodell.

▲ Verbesserung der Ausbildungsbereitschaft und der Ausbildungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen, zum Beispiel durch Ausbildungsverbünde und externes Ausbildungsmanagement. Beispiel hierfür ist das BMBF-Programm „Jobstarter“ (*Bundesministerium für Bildung und Forschung* 2005,

Bertelsmann Stiftung 2008, Kubischat; Kühnlein 2009, Bundesinstitut für Berufsbildung 2014, S. 246 ff. und S. 415 ff.)³.

Weiterführende und zum Teil im Rahmen von Modellversuchen zur beruflichen Bildung erprobte Reformvorschläge und -forderungen betreffen vorrangig folgende Punkte:

▲ *Integration von Bildungsgängen und Lernorten:*

Durch verstärkte Kooperation zwischen den berufsbildenden Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen etc.) könnten flexiblere Lernortkombinationen bei den schulischen und betrieblichen Phasen in der Berufsausbildung und eine bessere Verzahnung zwischen Berufsvorbereitung, betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung und Weiterbildung erreicht werden. Durch die Entwicklung von variablen und flexiblen Kombinationsformen zwischen den dualen, vollzeitschulischen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsgängen könnten auch sozial benachteiligte Jugendliche entsprechend ihren jeweiligen individuellen Möglichkeiten im Sinne einer Maximierung von Beschäftigungsoptionen besser qualifiziert werden. Parallel sollte erkundet und erprobt werden, ob und wie im Rahmen des dualen Systems ein gemeinsames, das Berufsfeld umfassende Ausbildungsvorbereitungsjahr oder Berufsgrundbildungsjahr zur Berufsfelderkundung und zur Entwicklung ausbildungsrelevanter Basiskompetenzen eingeführt werden könnte, vergleichbar mit entsprechenden Regelungen in Dänemark und in der Schweiz.

▲ *Offensive Ausschöpfung von rechtlichen Gestaltungsspielräumen:* Die durch die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) von 2005 erweiterten und zuvor in zahlreichen Modellversuchen und Sonderprojekten erprobten Gestaltungsspielräume sollten stärker genutzt werden. Dies betrifft insbesondere die folgenden Punkte: Anrechnung von beruflichen Vorqualifikationen einschließlich der in Bildungsgängen an berufsbildenden Schulen erworbenen Qualifikationen auf die Ausbildungszeit (nach § 7 BBiG); erleichterte Teilnahme an der Externenprüfung, wenn zuvor ein Bildungsgang an einer berufsbildenden Schule oder an einer sonstigen Bildungseinrichtung mit Ausbildungsinhalten absolviert wurde, die den

3 Eine vom „good practice center“ beim Bundesinstitut für Berufsbildung herausgegebene kompakte Übersicht über die wichtigsten Förderprogramme und Förderinstrumente im Rahmen der beruflichen Benachteiligtenförderung insbesondere für den Übergang Schule-Beruf bietet zum Beispiel der Link <http://www.good-practice.de/1060.php>.

Ausbildungsinhalten eines anerkannten Ausbildungsberufs entsprechen (§§ 43 (2) BBiG) oder wenn eine ausreichende Berufserfahrung und berufliche Handlungsfähigkeit im betreffenden Ausbildungsberuf erworben wurde und durch einschlägige in- und ausländische Zeugnisse und sonstige Nachweise belegt werden kann (§ 45 (2) BBiG), Angebot von Qualifizierungsbausteinen und sonstigen Nachqualifizierungsmaßnahmen, gegebenenfalls mit Externenprüfung, für Menschen ohne Berufsabschluß (§§ 45 (2), 60 bis 62 sowie 68 bis 70 BBiG); gestufte Ausbildung (nach § 48 (2) BBiG); Teilzeitberufsausbildung im Zusammenhang mit einer Verlängerung oder Verkürzung der Ausbildungszeit (§ 8 BBiG); Absolvierung einzelner Ausbildungsteile im Ausland bis höchstens zu einem Viertel der Ausbildungszeit, wenn dies dem jeweiligen Ausbildungsziel dient (§ 2 (3) BBiG).

▲ *Effektivere staatliche und kommunale Koordination und Steuerung:* Außerdem sollte in jedem Bundesland ein Koordinierungsausschuss mit der Aufgabe eingerichtet werden, das kommunalpolitische Engagement zur Integration der Maßnahmen auf lokaler Ebene zu stärken sowie die Maßnahmen im Übergangssystem besser aufeinander abzustimmen und einschließlich einer Kosteneffizienzprüfung zu evaluieren.⁴

▲ *Verstärkte Verantwortung der Bildungseinrichtungen für die berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher:* Dies bedeutet unter anderem ein kontinuierlicheres und verlässlicheres Engagement der Berufs-

4 Die Autoren der von der Bertelsmann Stiftung herausgegebenen internationalen Vergleichsstudie von 2008 empfehlen darüber hinaus, mittel- und längerfristig eine eindeutig zuständige, fachkompetente und leistungsstarke bundesstaatliche Koordinierungsstelle mit federführender Verantwortung für die Berufsinformation und Berufsberatung einzurichten (wobei offen bleibt, ob und wie weit diese innerhalb oder außerhalb von schon bestehenden Strukturen, insbesondere der Bundesagentur für Arbeit, agieren soll), um sicherzustellen, dass alle Schüler und Schülerinnen auch tatsächlich, das heißt nicht nur pro forma, eine sachlich fundierte Beratung erhalten. Die Autoren empfehlen außerdem, zu prüfen, ob und wieweit die Einrichtung eines neu einzurichtenden Bundesamts für Berufsbildung mit nachgeordneten Landesämtern (nach Schweizer Vorbild) zur effektiveren Bündelung der staatlichen Förderungs-, Steuerungs- und Verwaltungsfunktionen in der beruflichen Bildung zum Ausgleich zwischen den konkurrierenden jugend-, sozial-, bildungs-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Zielen und zur Überwindung der Ressortkonkurrenz beitragen könnte (Bertelsmann Stiftung 2008, S. 9 ff.).

bildungspolitik für die soziale Inklusion benachteiligter Jugendlicher an den diversen Schnittstellen des Bildungssystems sowie eine offensivere Verantwortungsübernahme der allgemeinbildenden Schulen für die Vermittlung von Ausbildungsreife. Die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen müssten auch wesentlich größeres Gewicht auf verbesserte Basiskompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen etc.) bei den Schülerinnen und Schülern legen, die in das Übergangssystem wechseln, ebenso bei den Jugendlichen, die keinen Realschulabschluss haben und in das Ausbildungssystem eintreten. Parallel dazu müssten die sozialen Begleitmaßnahmen für Schüler, Schülerinnen und Auszubildende mit persönlichen Problemen und in schwierigen Lebenslagen weiter ausgebaut werden, besonders die betreffenden Unterstützungsangebote in der Abschlussphase der Sekundarstufe I und im Rahmen der Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Berufsausbildung (Berufseinstiegsbegleitung, Mentoring, Ausbildungsassistenzen, ausbildungsbegleitende Hilfen etc.) im Sinne des Case-Management-Ansatzes (Busemeyer 2012, Innovationskreis berufliche Bildung 2007, Bertelsmann Stiftung 2008, Ebner 2009, Hoeckel; Schwartz 2010, Severing 2010, Autorengruppe BIBB; Bertelsmann Stiftung 2011).

Reformperspektiven des Übergangssystems und Handlungsoptionen der Jugendberufshilfe | Es geht um die Erhöhung der Bildungschancen sozial benachteiligter Gruppen und um den Abbau der sozialen Ungleichheit im Bildungssystem angesichts weiter ansteigender Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt mit dem Ziel, frühzeitig einsetzende Exklusionsprozesse, episodische Maßnahmekarrieren und den lebenslangen Bezug von Transfereinkommen zu vermeiden. Auch wenn das zu utopisch erscheinen mag, müsste dafür meines Erachtens perspektivisch die starke soziale Selektionsfunktion der Schule durch einschneidende Strukturveränderungen abgebaut werden. Diese reichen von der Integration des Vorschulbereichs in das Schulsystem einschließlich der fachlichen Höherqualifizierung des in diesem Bereich tätigen Personals über die Neukonzeption der Primar- und Sekundarstufe I als Gemeinschaftsschule bis zur zeitlichen Verschiebung der Entscheidung über die jeweiligen individuellen Bildungswege auf einen Zeitpunkt kurz vor Abschluss der Sekundarstufe I. Dazu würde auch eine bessere Kooperation und Durchlässigkeit

zwischen den verschiedenen Bildungswegen ab der Sekundarstufe II einschließlich der schulischen und dualen, betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungen beitragen.

Schließlich müsste das hochdifferenzierte, bisher aber noch zu unübersichtliche und zu eklektisch organisierte Übergangssystem vereinfacht, mit der dualen Berufsausbildung stärker verzahnt, bildungspolitisch mehr anerkannt und im Bildungssystem insgesamt besser verankert werden. Die unbestrittenen Vorzüge unseres dualen Systems der Berufsausbildung (das inzwischen auch eine Art „Exportschlager“ geworden ist) sollten erhalten und weiterentwickelt werden, indem die skizzierten Reformdiskurse kleinschrittig umgesetzt und verstärkt in den internationalen Erfahrungsaustausch zwischen den relevanten Akteuren in der beruflichen Bildung eingebunden werden.⁵

Im Kontext der Ziele und Aufgaben der Jugendsozialarbeit (§ 13 (1) und (2) SGB VIII) könnte und sollte die Jugendberufshilfe eine wesentlich aktivere Rolle innerhalb dieses Reformprozesses wahrnehmen, auch wenn sie aufgrund der vorrangigen Förderzuständigkeit der Jobcenter und der Arbeitsagenturen „nur“ eine flankierende und ergänzende Funktion bei den berufs- und arbeitsmarktintegrativen Leis-

5 Im Rahmen unseres Studienprojekts „Jugendberufshilfe im internationalen Vergleich“ konnten wir zum Beispiel einen ersten Einblick in Grundstrukturen des französischen und des polnischen Bildungssystems einschließlich der jeweiligen Übergangshilfen Schule-Berufsausbildung gewinnen, was hier leider nicht weiter ausgeführt werden kann (siehe dazu unseren Projektbericht). Ohne andere Strukturen auf unser Bildungssystem übertragen zu wollen, stellten wir uns zum Beispiel die Frage, was wir von der inklusiven Gemeinschaftsschule in Polen lernen könnten, die anscheinend dazu beiträgt, dass der Anteil der Schulverweigerer, -abbrecher und -abgänger ohne Schulabschluss im Kontrast zu den deutlich höheren Werten in Frankreich und Deutschland bei zirka 5 Prozent liegt. Neugierig machten uns auch die vielfältigen niedrigschwelligen und anscheinend recht unbürokratisch zugänglichen berufs begleitenden Nachqualifizierungsmöglichkeiten in Polen. Interessant fanden wir außerdem die alternierend angelegten Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im Bereich der Sekundarstufe II und im Tertiärbereich sowie die Flexibilisierung der Zugänge zur Externenprüfung bei beruflichen Bildungsabschlüssen in Frankreich (in Verbindung mit einer vereinfachten Anrechnung von Weiterbildungsleistungen und von mehrjährigen Berufserfahrungen).

tungen hat, sofern es sich nicht um originäre berufsbezogene Jugendhilfeleistungen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung für Jugendliche und Jungerwachsene handelt (siehe § 10 (3) SGB VIII in Verbindung mit §§ 27 (3) und 41 SGB VIII). In diesem Sinne sollte sich die Jugendberufshilfe verstärkt in die aktuelle Diskussion zur konzeptionellen und organisatorischen Integration der berufsbezogenen Unterstützungsangebote für junge Menschen durch den flächendeckenden Ausbau der bisher nur als Modellprojekte bekannten Jugendberufsagenturen (*Paritätischer Gesamtverband 2014, DGB Bundesvorstand 2014*) einmischen.⁶

Dabei sollten auch die Fördermöglichkeiten des neuen, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierten Programms „Jugend stärken im Quartier“ genutzt werden, um innovative, rechtskreisübergreifende Pilotprojekte für die sozialpädagogisch begleitete berufliche Eingliederung der in den problembelasteten Wohngebieten der ausgewählten Modellkommunen lebenden jungen Menschen zu entwickeln und zu erproben.⁷

Durch die Einbindung der Kommunen als Mitträger oder allein verantwortliche Träger von Grundversicherungsleistungen (§§ 6, 6a und 6b SGB II) kann die Jugend(berufs)hilfe die beruflichen Eingliederungsangebote für Jugendliche, die von den in den Jobcentern tätigen Berufsberaterinnen und -beratern, Arbeitsvermittlerinnen und -vermittlern, Fallmanagerinnen und -managern, Integrationsfachkräften sowie von den bei beauftragten Dritten tätigen sozialpädagogischen Fachkräften veranlasst und durchgeführt werden, kontinuierlich begleiten und je nach örtlichen Absprachen im Einzelfall auch federführend koordinieren, um den Jugendlichen als Ansprechpart-

⁶ Der Koalitionsvertrag der großen Koalition vom 27.11.2013 sieht in Unterkapitel 2.1 „Beschäftigungschancen verbessern, Abschnitt Übergang Schule – Ausbildung – Beruf“ den flächendeckenden Aufbau von Jugendberufsagenturen zur Bündelung der Leistungen der Sozialgesetzbücher II, III und VIII für unter 25-Jährige vor (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 13.8.2015).

⁷ <http://www.jugend-staerken.de/> (abgerufen am 13.8.2015)

nerin, Unterstützerin sowie beratend während des ganzen Förderverlaufs zur Verfügung zu stehen. Diese Einbindung sollte sich insbesondere auf das pädagogische Verständnis der jeweiligen biographischen Übergangsprozesse, die Feststellung des individuellen Förderbedarfs, die lebensweltlich und sozialräumlich reflektierte Ausrichtung von Hilfen und Förderangeboten, die Kohärenz von Förderverläufen und die Regelung von Konflikten beziehen, wie dies auch von *Andreas Oehme* empfohlen wird (*Oehme 2013a, Oehme 2013b*). Die Jugendberufshilfe sollte darauf hinwirken, dass in jedem Einzelfall eine Synthese und soweit möglich sogar eine Synergie zwischen den konkurrierenden Förder- und Integrationszielen der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und der arbeitsmarktbezogenen Beschäftigungsfähigkeit erreicht wird.

Anmerkung | Dieser Artikel basiert auf einem Beitrag des Verfassers zum Abschlussbericht des vom Sommersemester 2013 bis zum Sommersemester 2014 durchgeführten Studienprojekts „Jugendberufshilfe im internationalen Vergleich“ an der Fachhochschule Potsdam. Der Projektbericht ist über den Link <https://jhb2013.wordpress.com/> einsehbar.

Professor Dr. Gerhard Buck ist Dipl.-Soziologe und lehrte bis 2011 an der Fachhochschule Potsdam in den Schwerpunkten Arbeits- und Berufsförderung sowie Soziale Stadt. E-Mail: buck@fh-potsdam.de

Literatur

Autorengruppe BIBB; Bertelsmann Stiftung: Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen. Bonn 2011

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld 2012

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld 2014

Becker, Rolf: Bildung. Die wichtigste Investition in die Zukunft. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1260. Bonn 2012, S. 123-154

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Präkäre Übergänge vermeiden – Potenziale nutzen. Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund an der Schwelle von der Schule

zur Ausbildung. Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Kurzfassung. Gütersloh 2008

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE). Sektor: Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich). Bonn 2011

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2013

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2014

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. Bonn 2005

Busemeyer, Marius R.: Reformperspektiven der beruflichen Bildung. Erkenntnisse aus dem internationalen Vergleich. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2012

DGB Bundesvorstand (Hrsg.): Jugendberufsagenturen – Ziele und Erfolgskriterien aus arbeitsmarktpolitischer Sicht. In: DGB Bundesvorstand (Hrsg.): Reihe arbeitsmarkt aktuell Nr. 6. Berlin 2014

Ebner, Christian: Neue Wege für die duale Berufsausbildung – ein Blick auf Österreich, die Schweiz und Dänemark. WZ-Brief Arbeit 4/2009

Fuchs, Johann; Weber, Brigitte: Umfang und Struktur der westdeutschen Stillen Reserve. Aktualisierte Schätzungen. IAB-Kurzbericht 11/2010 (<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2010/fb1110.pdf>, abgerufen am 13.8.2015)

Heisler, Dietmar: Zukunftsmodelle in der Berufsbildung und deren Potentiale und Auswirkungen für die zukunfts-fähige Gestaltung von Maßnahmen der Jugendhilfe. Eine Expertise im Auftrag der BAG-Ört. Erfurt 2011 (http://www.bagkjs.de/media/raw/Zukunftsmodelle_in_der_Berufsbildung_Studie_BAG_OeRT.pdf, abgerufen am 13.8.2015)

Hoeckel, Kathrin; Schwartz, Robert: Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung. Deutschland. Berlin

2010 (<http://www.oecd.org/berlin/45924455.pdf>, abgerufen am 13.8.2015)

Innovationskreis berufliche Bildung: 10 Leitlinien zur Modernisierung und Strukturverbesserung der beruflichen Bildung. Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge. Berlin 2007 (http://www.bmbf.de/pub/leitlinien_innovationskreis.pdf, abgerufen am 13.8.2015)

Kubischat, Rolf; Kühnlein, Gerd: Politische Gestaltung des kommunalen Übergangsmagements an der Passage von der Schule in die Arbeitswelt. Bonn 2009 (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06494.pdf>, abgerufen am 13.8.2015)

Matthes, Stephanie u.a.: Wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt. Analysen und Lösungsansätze. Bonn 2014 (http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a2_pas-sungsprobleme-ausbildungsmarkt.pdf, abgerufen am 13.8.2015)

Oehme, Andreas: Dilemmata der beruflichen Orientierung. In: Schroer, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Handbuch Übergänge. Weinheim und Basel 2013a, S. 632-650

Oehme, Andreas: Übergangsmangement. In: Schroer, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Handbuch Übergänge. Weinheim und Basel 2013b, S. 791-809

Paritätischer Gesamtverband (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung „Alle Jugendlichen erreichen! Jugendberufsagenturen. Kooperativ – rechtskreisübergreifend – flächendeckend. Berlin 2014 (http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/dokumentation_JSA-sept2014_web.pdf, abgerufen am 13.8.2015)

Ratschinski, Günther; Steuber, Ariane (Hrsg.): Ausbildungsreife. Kontroversen, Alternativen, Förderansätze. Wiesbaden 2012

Severing, Eckart: Berufsausbildung in Deutschland – Zu wenige Fachkräfte für die Wirtschaft und zu viele Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive. In: Bosch, Gerhard u.a. (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte. Wiesbaden 2010, S. 1-99

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildung und Kultur. Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren, Konten und Ländern. Wiesbaden 2015

Über 30 Jahre dokumentierte Fachdiskussion Über 30 Jahre Sozialwissenschaftliche Literaturdokumentation

- ▶ Onlinezugang in über 200 Hoch- und Fachhochschulbibliotheken
- ▶ Individuelle Beratung und Recherche mit Dokumentenlieferung

DZI SoLit

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

www.dzi.de